

Hendrik Meyer
Klaus Schubert (Hrsg.)

Politik und Islam

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION
WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEO
RIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN
PARLAMETARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDER
ALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMU
NIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLI
TISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES
SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLI
TISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMETARISMUS DEMOKRATIE
MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE
GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTS
STAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDES
TAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAH
LEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE
PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN

Hendrik Meyer · Klaus Schubert (Hrsg.)

Politik und Islam

Hendrik Meyer
Klaus Schubert (Hrsg.)

Politik und Islam



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2011

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2011

Lektorat: Frank Schindler | Verena Metzger

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Ten Brink, Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-17891-2

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	9
<i>Klaus Schubert/Hendrik Meyer</i> Politik und Islam in Deutschland: Aktuelle Fragen und Stand der Forschung	11

I. Akteure

<i>Reinhard Busch/Gabriel Goltz</i> Die Deutsche Islam Konferenz – Ein Übergangsformat für die Kommunikation zwischen Staat und Muslimen in Deutschland	29
<i>Kerstin Rosenow/Matthias Kortmann</i> Die muslimischen Dachverbände und der politische Islamdiskurs in Deutschland im 21. Jahrhundert: Selbstverständnis und Strategien	47
<i>Raida Chbib</i> Einheitliche Repräsentation und muslimische Binnenvielfalt. Eine datengestützte Analyse der Institutionalisierung des Islam in Deutschland	87
<i>Levent Tezcan</i> Repräsentationsprobleme und Loyalitätskonflikte bei der Deutschen Islam Konferenz	113

II. Inhalte

<i>Heiner Bielefeldt</i> Entgleisende Islamkritik. Differenzierung als Fairnessgebot	135
---	-----

<i>Haci-Halil Uslucan</i> Integration durch Islamischen Religionsunterricht?	145
<i>Norbert Gestring</i> Parallelgesellschaft, Ghettoisierung und Segregation – Muslime in deutschen Städten	168
<i>Claudia Diehl/Matthias Koenig</i> Religiosität und Geschlechtergleichheit – Ein Vergleich türkischer Immigranten mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung	191
 III. Reflexionen	
<i>Andreas Blätte</i> Islamische Verbände in verbandsökonomischer Perspektive. Begrenzte staatliche Formung durch endogene Ressourcenbildung	219
<i>Mounir Azzaoui</i> Muslimische Gemeinschaften in Deutschland zwischen Religionspolitik und Religionsverfassungsrecht – Schief lagen und Perspektiven	247
<i>Dirk Halm/Hendrik Meyer</i> Inklusion des Islam in die deutsche Gesellschaft – Aufgaben an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik	277
<i>Hendrik Meyer/Klaus Schubert</i> Vielfalt als Potential – Implikationen aus dem Verhältnis von Politik und Islam	290
Autorenverzeichnis	311

Vorwort

Es gibt verschiedene Arten Muslim zu sein. Aufgabe der Politik ist es, die in Deutschland hierfür notwendigen Bedingungen zu schaffen. Dabei können die zahlreichen politischen und zivilgesellschaftlichen Debatten durchaus hilfreich sein. Ob allerdings die notwendigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Integrationsanstrengungen durch schematische Verkürzung des Problems – wie etwa in der europäischen Debatte zu Themen wie Minarett- oder Burkaverbot – erleichtert werden, muss erheblich bezweifelt werden. In Deutschland ist dagegen vor allem durch die Deutsche Islam Konferenz und etwa auch durch die Empfehlung des Wissenschaftsrats zur Ausbildung von Islamlehrern deutlich Bewegung in das Verhältnis von Politik und Islam gekommen. Gegenstand dieses Buches ist es, diesen politischen Prozess – zwischen symbolischer Inszenierung und materieller Erneuerung – transparent zu machen und Daten, Fakten und die unterschiedlichen Meinungen und Perspektiven der Beteiligten zur Verfügung zu stellen.

Das vorliegende Buch ist Resultat einer im Februar 2010 in Münster veranstalteten Expertentagung, welche sich maßgeblichen Neuerungen in diesem Feld gewidmet hat. Diese Tagung steht im Kontext des Projektes „Der Koordinationsrat der Muslime – Integration durch politische Steuerung?“, welches unter der Leitung der beiden Herausgeber seit 2009 im Rahmen des Exzellenzclusters „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne“ der Westfälischen Wilhelms-Universität bearbeitet wird. Neben dem Dank an den Exzellenzcluster für die gewährten Mittel zur Durchführung der Tagung möchten sich die Herausgeber herzlich bei allen Autorinnen und Autoren für die gute Zusammenarbeit, ihre Beiträge sowie die äußerst hilfreichen und konstruktiven Diskussionen vor, während und nach der o.g. Tagung bedanken. Darüber hinaus möchten wir uns bei weiteren Kolleginnen und Kollegen bedanken, ohne deren Hilfe das Buch in dieser Form nicht hätte erscheinen können. Dazu zählen neben Wael El-Gayar, Kate Backhaus und Janna Bockhorst insbesondere Jochen Dehling und Martina Grabau.

Münster, Dezember 2010

Klaus Schubert und Hendrik Meyer

Abkürzungsverzeichnis

AABF	Alevitische Gemeinde
ADÜTDF	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.
AG	Arbeitsgruppe
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)
AMGT	Avrupa Milli Görüş Teskilatları (Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.)
AMJ	Ahmadiyya Muslim Jamaat (Ahmadiyya Muslim-Gemeinschaft)
ATİB	Avrupa Türk-İslam Birliği (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.)
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMI	Bundesministerium des Inneren
CDU	Christlich Demokratische Union
DİB	Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı)
DIK	Deutsche Islam Konferenz
DIK I	Erste Phase der Deutschen Islam Konferenz
DIK II	Zweite Phase der Deutschen Islam Konferenz
DİTİB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Diyanet İşleri Türk-Islam Birliği)
EMUG	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft
IAK	Islamischer Arbeitskreis in Deutschland
IFG	Islamische Föderation Berlin
IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüş
IKZ	Islamisches Kulturzentrum e.V.
IRD	Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e. V.
IRH	Islamische Religionsgemeinschaft Hessen e.V.
KdöR	Körperschaft des öffentlichen Rechts
KRM	Koordinationsrat der Muslime
LIB	Liberal-Islamischer Bund e.V.
NIP	Nationaler Integrationsplan
TBB	Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg
TGD	Türkische Gemeinde in Deutschland

UELAM	Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V.
UIAZD	Union der Islamisch-Albanischen Zentren in Deutschland e.V.
VIGB	Vereinigung islamischer Gemeinden der Bosniaken in Deutschland e.V. (heute: IGBD – Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland e.V.)
VIKZ	Verband der Islamischen Kulturzentren e. V.
ZfT	Zentrum für Türkeistudien (heute: ZfTI – Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung)
ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.

Politik und Islam in Deutschland: Aktuelle Fragen und Stand der Forschung

Klaus Schubert/Hendrik Meyer

1 Fragen

Der Islam ist derzeit auf der politischen Agenda Deutschlands so präsent wie selten zuvor. Grund dafür sind intensive Integrationsbemühungen seitens wichtiger gesellschaftlicher Akteure sowie die positive Einstellung maßgeblicher politischer Akteure zum Islam. Die von Seiten des Bundesinnenministeriums unternehmenen neuen integrationspolitischen Maßnahmen und Schritte werfen aber angesichts der Interessenvielfalt innerhalb des Islam auch Fragen auf, bspw. welche Reichweite politische Steuerungsversuche haben, von welchen Faktoren ein Gelingen abhängt und generell, ob und in welchem Maße Integration auf diesem Wege überhaupt vorangebracht werden kann. Sind die aktuell beobachtbaren symbolischen Inszenierungen ein adäquates Element der Integrationsbemühungen oder sind sie eher Ausdruck der eingeschränkten Möglichkeiten, Integration politisch zu steuern? Wie müsste Politik handeln, damit politische Steuerung in diesem Politikfeld erfolgreich ist und worin bestünde dann der Erfolg von Integration? Bezogen auf die muslimischen Verbände stellt sich zentral die Frage, inwieweit sie in der Lage sind, die vielfältigen Interessen zu bündeln, zu artikulieren und umzusetzen: Können sichtbare materielle Erfolge erzielt werden oder lässt sich absehen, dass muslimische Einflussnahmen ergebnisarm bleiben? Diese aus politikwissenschaftlicher Sicht relevanten Fragen stehen im Kontext einer breiten wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte, in der es allgemein um die Bestimmung politischer Interessen einerseits und islamischen Interessen andererseits geht: Wo stehen die Interessen von Politik und Islam im Widerspruch zueinander und in welchen Punkten konvergieren sie? Welches sind die maßgeblichen Konfliktthemen und worin bestehen diese Konflikte? Anhand dieser Leitfragen werden in diesem Buch konkrete und aktuelle Probleme des Verhältnisses von Politik und Islam erörtert. Die hier vorgelegte Spannweite – zwischen symbolischer Inszenierung und materieller Neuerung – soll dabei einen Orientierungsrahmen bieten, innerhalb dessen sich die zahlreichen aktuellen Veränderungen verorten lassen. Gleichzeitig muss aber auch hinterfragt werden, ob sym-

bolische Politik tatsächlich nur als Kompensationsleistung zu verstehen ist und insofern als Gegensatz zu konkreten materiellen Neuerungen betrachtet werden muss. Zumindest hypothetisch ist es doch viel wahrscheinlicher, dass sich im Wechselspiel zwischen symbolischen Akten und konkreten materiellen Veränderungen tatsächlich positive Entwicklungen bewirken lassen.

Im Folgenden soll in einem ersten Schritt auf die Neuerung im Verhältnis von Politik und Islam und damit auch auf die Relevanz dieses Buches verwiesen werden. Anschließend soll anhand einschlägiger Publikationen ein Blick auf die gegenwärtig maßgeblichen Debatten geworfen werden. Zum Abschluss dieses Beitrages werden Struktur und Beiträge des Buches kurz vorgestellt.

2 Neuerungen im Verhältnis von Politik und Islam

Wurde die Tatsache, dass mit den sogenannten Gastarbeitern auch Muslime dauerhaft in Deutschland leben, von der Politik lange Zeit nicht zur Kenntnis genommen, hat sich dieser Standpunkt in den letzten Jahren deutlich verändert. Im Zuge der Diskussion um die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, setzte sich immer stärker die Einsicht durch, dass die Mehrzahl der Arbeitsmigranten dauerhaft in Deutschland bleibt. Mit dieser Einsicht veränderte sich auch die Wahrnehmung der Migranten. Wurden diese meist hinsichtlich ihrer nationalen Herkunft kategorisiert, wird nun auch verstärkt ihre religiöse Orientierung in den Blick genommen. Dass die Religion in Integrationsfragen eine entscheidende Rolle spielt, belegen die zahlreichen aktuellen Diskussionen über den Bau von Moscheen, die Einführung islamischen Religionsunterrichts, das Tragen von Kopftuch sowie weitere Praktiken, die mit dem islamischen Glauben in Zusammenhang gebracht werden.

Aus Sicht der Politik erzeugen diese Debatten einen dringenden Handlungsbedarf, der zuletzt zu einer Neupositionierung gegenüber dem Islam geführt hat. Sichtbarer Ausdruck dieser neuen Positionierung und des von der deutschen Politik wahrgenommenen Handlungsbedarfs war die Eröffnung der „Deutschen Islam Konferenz“ (DIK) durch den damaligen Bundesinnenminister Schäuble im September 2006. Mit Hilfe dieser – im Gegensatz zu dem, was der Begriff zu suggerieren scheint – dauerhaft eingerichteten Konferenz sollte, so der politische Anspruch, ein langfristig angelegter Verhandlungs- und Kommunikationsprozess zwischen Vertretern des deutschen Staates und Vertretern der in Deutschland lebenden Muslime initiiert werden. Damit stellt diese Konferenz einerseits den ersten institutionalisierten Dialog zwischen Vertretern des deutschen Staates und Vertretern der Muslime in Deutschland dar und verweist andererseits auf das Problem der organisatorischen Segmentierung islamischer Interessengruppen.

Denn gerade die Vielfalt von islamischen Organisationen, ihre lediglich fragmentarische Vernetzung untereinander sowie der insgesamt als schleppend wahrgenommene Prozess der Selbstorganisation der Muslime werden hinsichtlich der Integrationsbemühungen staatlicher Akteure häufig als nicht ausreichend bezeichnet. Vor diesem Hintergrund ist auch die Gründung des Spitzenverbandes „Koordinationsrat der Muslime in Deutschland“ (KRM) durch die vier großen Dachverbände „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD), der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB), dem „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland“ (IRD) und dem „Verband der Islamischen Kulturzentren“ (VIZK) zu sehen. Der KRM wurde laut Geschäftsordnung in der Absicht gegründet, langfristig eine einheitliche Vertretungsstruktur der Muslime in Deutschland zu fördern. Neben seiner Funktion als Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft wirkt der KRM auf die Schaffung rechtlicher und organisatorischer Voraussetzungen für die Anerkennung des Islam in Deutschland im Rahmen von Staatsverträgen hin. (KRM-Geschäftsordnung vom 28. März 2007) Für das politisch-administrative System soll der KRM als eine Art integrationspolitischer „Brückenkopf“ in einen zuvor wenig beachteten Teil der Gesellschaft in Deutschland fungieren. Sowohl die DIK als auch der KRM stehen also für ein in dieser Form neuartiges Phänomen des Verhältnisses zwischen Politik und Islam. Mit der Einrichtung der DIK und dem KRM fand zunächst eine symbolische Einbeziehung des Islam in die bundesdeutsche Verbändelandschaft statt. Offen bleibt allerdings, ob es über die DIK und den KRM zu einer Institutionalisierung des Islam kommt, die ihn etwa im Rechtsstatus mit den christlichen Religionsgemeinschaften gleichstellt.

Auch die zweite Phase der DIK, die im Mai 2010 durch Bundesinnenminister de Maizière eröffnet wurde, scheint dem Ziel der Gleichstellung nicht wesentlich näher zu kommen. Die faktische Ausladung des Islamrates sowie der Verzicht des ZMD, an der Konferenz weiterhin teilzunehmen, kann als Rückschlag für die Integrationsbemühungen bezeichnet werden. Zwar ist die Fortsetzung dieser Art der symbolischen Politik auch weiterhin ein wichtiger Motor für die Lösung konkreter Probleme. Gleichzeitig offenbart die DIK aber weitreichende Konfliktlinien sowohl zwischen den islamischen Verbänden und der Politik, als auch innerhalb der islamischen Verbandslandschaft. Im Unterschied nämlich zum ZMD sehen der VIKZ und die DITIB in der Islamkonferenz nach wie vor ein funktionales Mittel für die Verfolgung ihrer spezifischen Interessen.

Trotz dieser Konflikte, die im Rahmen der DIK gegenwärtig sichtbar werden, bleibt festzuhalten, dass in den letzten Jahren Bewegung in das Verhältnis zwischen Politik und Islam gekommen ist. Denn neben der symbolischen Aufwertung der islamischen Verbände auf Bundesebene fanden auch auf Landes- und kommunaler Ebene zahlreiche Neuerungen statt, die so noch vor einiger Zeit

nicht denkbar waren. Ein prominentes Beispiel ist die Ernennung von Aygül Özkan zur niedersächsischen Sozialministerin durch den damaligen Ministerpräsidenten Wulff. Damit wurde das erste Mal eine Muslimin in ein Ministeramt gewählt. Das Beispiel ihrer Ernennung macht deutlich, dass sich symbolische Inszenierung und materielle Neuerungen nicht notwendig antagonistisch gegenüberstehen, sondern mitunter auch zusammenfallen und sich ergänzen können. Denn diese Personalie ist beides. Sie ist politisch-faktisch eine Innovation hinsichtlich der Besetzung politischer Spitzenämter. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Signal an die muslimische Bevölkerung in Deutschland, sich aktiv am Gemeinwesen und in der Politik zu engagieren.

3 Stand der Forschung

Konkreter Anlass für dieses Buch waren die Befunde einer umfassenden Literaturstudie. Diese Studie wurde im Kontext eines im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ angesiedelten Forschungsprojektes zum Koordinationsrat der Muslime in Deutschland durchgeführt. Dabei wurden insbesondere die relevanten Themenbereiche *Integration*, *Muslime/Islam*, *muslimische Organisationen* und *politische Steuerung* untersucht. Zunächst zeigte sich, dass die Beschäftigung mit Religionen sowie ihr Verhältnis zur Politik gegenwärtig fester Bestandteil sozialwissenschaftlicher Untersuchungen sind. Dies belegen die zahlreichen Publikationen zu diesem Themenbereich eindrucksvoll. (Vgl. u.a. Minkenberg/Willems 2002; Walther 2004; Schweitzer 2006; Gabriel/Höhn 2008; Pollack 2009) Die wachsende Bedeutung der Fragestellungen zum Zusammenhang von Religion und Politik ist dabei insbesondere auf die intensivierte Beschäftigung mit dem Islam zurückzuführen. Die Muslime wurden demnach nicht nur durch die deutsche Mehrheitsbevölkerung ‚entdeckt‘. (Jonker 2005) Auch innerhalb der Sozialwissenschaften ist die Auseinandersetzung mit dem Islam von zunehmender Relevanz. Dies ist auch an der stetig wachsenden Zahl aktueller Publikationen zu diesem Thema abzulesen. Insgesamt scheint hinsichtlich der Untersuchungen des Islam nach wie vor eine Art ‚Goldgräberstimmung‘ (Tezcan 2003: 237) zu herrschen.

Darüber hinaus zeigte die systematische Literaturrecherche zwar, dass sich die einschlägigen Publikationen sehr gut anhand der oben genannten Themen clustern lassen und diese Themen jeweils für sich bereits gut bearbeitet sind. Gleichzeitig sind aber auch deutliche Forschungslücken zu identifizieren: Je näher man der Frage rückt, ob und ggf. wie unter der gegebenen Interessenvielfalt politisch steuernd eingegriffen werden kann, desto deutlicher reduziert sich die Anzahl weiterführender Veröffentlichungen. Hierbei wurden bislang insbesondere die neueren Veränderungen im Verhältnis zwischen Politik und Islam

vernachlässigt. Denn gerade die DIK und der KRM als neue Kooperationsformen zwischen Politik und Islam werfen Fragen auf, die bislang weder aus Sicht der Politik, noch aus Sicht der islamischen Verbände eingehend oder gar anhand von Beispielen untersucht worden sind. Welche Impulse etwa geben diese neuen Institutionen den bisherigen Konflikten und wie lassen sich hier integrationspolitische Erfolge messen? Vor diesem Hintergrund sowie der teils politisch aufgeladenen Debatten in Öffentlichkeit und Politik ist es zwingend notwendig, das komplizierte Verhältnis zwischen Politik und Islam in Deutschland neu zu beleuchten. Neben der grundlegenden Beschreibung der Interessen der Akteure in diesem Kooperations- und Kommunikationsprozess, muss vor allem anhand konkreter Themen die Frage beantwortet werden, in welchem Maße Inszenierungen angemessen und in welchem Maße tatsächliche, materielle Neuerungen notwendig erscheinen. Der Fokus unseres Forschungsinteresses richtet sich dabei weniger auf normativ Wünschbares, sondern vor allem auf eine sachliche Beschreibung des bislang häufig diffus bleibenden Verhältnisses von Politik und Islam. Es ist explizites Ziel dieses Buches auf die hier diagnostizierten Defizite zu reagieren. Um diese Beiträge allerdings in den Kontext der wissenschaftlichen Debatten einordnen zu können, sollen die wesentlichen Befunde der Literaturanalyse kurz skizziert und die Defizite der Debatte daraus abgeleitet werden.

„Islamisierung“ der Integrationsdebatten

Auch wenn die Anzahl der Publikationen über den Islam in Westeuropa seit den 1980er Jahren beträchtlich gestiegen ist, war der Islam bis zu Beginn des neuen Jahrtausends in Europa noch kaum Gegenstand grundlegender theoretischer Reflexionen. In den letzten zehn Jahren hat aber nicht nur die Anzahl der Studien noch einmal deutlich zugenommen, (Maussen 2006: 4) sondern auch die theoretische Auseinandersetzung zum Nexus *Islam und Europa*. (Pauly 2004; Altermatt/Delgado/Vergauwen 2006; Tiesler 2006; Döring/Kroker 2006; Cesari 2007; Schweizer 2008) Bei der Sichtung aktueller und einschlägiger Publikationen zum Thema Islam fallen jedoch nicht nur die zunehmenden theoretischen Arbeiten auf. Der derzeit wohl prominenteste Diskussionsstrang ist ein ganz praktischer: Islamdebatten überschneiden sich zunehmend mit Integrationsdebatten und umgekehrt werden Integrationsfragestellungen in einem wachsenden Umfang vor dem Hintergrund des religiösen Bekenntnisses verhandelt. (Halm 2008: 27) Das Schlagwort der „Islamisierung“ der Integrationsdebatte bedeutet in diesem Zusammenhang zwar nicht, dass sich die von der Politik ausgemachten Integrationsprobleme notwendig auf die Religion zurückführen lassen. Dennoch spielt die religiöse Orientierung in diesem Kontext eine bedeutende Rolle. Eine der

ersten empirischen Untersuchungen zum Islam in Deutschland machte bereits Anfang der 1980er Jahre deutlich, worum es in der Diskussion im Kern bis heute geht: „Islam und Integration“. (Thomä-Venske 1981) In den letzten Jahrzehnten hat sich allerdings die Perspektive der Debatte deutlich verschoben. War Thomä-Venskens Buch noch hauptsächlich von der Konfliktlinie rechts-links bestimmt, in dem die Religion eine eher untergeordnete Rolle spielte, löste sich ab den 1990er Jahren die Debatte von dem rechts-links-Schema und betonte immer mehr die Rolle der Religion.

Die Frage nach der politischen Steuerbarkeit von Integrationsprozessen war bislang nur Gegenstand einzelner Publikationen. Während sich Baringhorst/Hunger/Schönwälder (2006) in ihrem Sammelband mit den Intentionen und Wirkungen der politischen Steuerung von Integrationsprozessen befassen, beschreibt Westermann das staatliche Regieren im Bereich der irregulären Migration und fragt nach einer möglichen Überforderung des Nationalstaates. (Westermann 2009) Im Unterschied zu Fragen der Institutionalisierung und Inkorporierung von Muslimen in Europa und des staatlichen Verhältnisses zu muslimischen Organisationen, (Koenig 2007b; Koenig 2007a; Koenig 2007c; Koenig 2005; Koenig 2004; Soper/Fetzer 2007; Warner/Wenner 2006) existieren in Deutschland bislang kaum Studien, die sich explizit mit der politischen Steuerung von muslimischen Organisationen befassen. Für die gegenwärtige Verknüpfung der Themen Islam und Integration scheint stattdessen insbesondere die Verbindung der Themen *Islam*, *Integration* und *Sicherheit* maßgeblich.

Islamischer Fundamentalismus als zentraler Bezugspunkt

Wenngleich sich die oben erwähnte Goldgräberstimmung auf sehr unterschiedliche Aspekte des Islam bezieht, kommen jüngere Publikationen nur selten ohne den Bezug auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 aus.¹ Auch unter migrations- und integrationspolitischen Gesichtspunkten stellt dieses Datum eine deutliche Zäsur dar. In Folge dieser Ereignisse werden die Debatten über Muslime und den Islam häufig im Kontext des sog. Islamismus bzw. des islamischen Fundamentalismus diskutiert. (Kandel 2006; Friedrich-Ebert-Stiftung 2007; Schiffauer/Bojadzije 2009) Zwar ist die Befassung mit dem islamischen Fundamentalismus keineswegs auf die Zeit nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York beschränkt. (Nirumand 1990; Heitmeyer/Müller/Schröder 1997; Schiffauer 1998) Dennoch haben die von Islamisten verübten Anschläge des 11. Septembers die Debatte merklich intensiviert. Durch den

¹ Zum generellen Verhältnis von Religion und Gewalt vgl. u.a. Schweitzer 2006; Hempelmann/Kandel 2006.

Terrorismus gerieten nicht nur muslimische Migranten unter Generalverdacht von Sicherheitsbehörden. (Angenendt/Cooper 2006; Meyer 2006) Auch das Bild des Islam in den westlichen Gesellschaften wurde nachhaltig verändert. (Jonker 2005; Ateş 2006; Geaves u.a. 2004) Auf einer höheren Abstraktionsebene wurde dieses Verhältnis häufig als eine Auseinandersetzung zwischen *Islam* und *Moderne* beschrieben, die sich wie ein roter Faden durch die Debatten zieht. „Die Positionierung des Islam gegenüber und in der Moderne hat sich [...] angesichts der Fundamentalismusproblematik in eine Perspektive verschoben, in der nicht mehr die Frage im Zentrum steht, ob der Islam modern oder nicht modern ist, sondern auf welche Art und Weise der Islam mit der modernen Kultur und Gesellschaft verbunden ist.“ (Tezcan 2003: 238) Die politische und akademische Debatte über den Islam in Europa lässt sich daher unter die Frage subsumieren, ob Muslime integrierbar sind bzw. inwieweit der Islam mit „unserer modernen Lebensweise“ zu vereinbaren ist. (Tezcan 2003: 240) Auch hier zeigt sich, dass die Frage, *ob* Muslime integrierbar sind, von der Frage zu unterscheiden ist, *wie* und *welche* Integrationsbemühungen unternommen werden.

Islam als ‚Herausforderung‘

Die grundsätzliche Frage zum Verhältnis von Islam und Moderne weist zahlreiche Facetten auf und geht dabei weit über den Sicherheitsaspekt hinaus. Einen sehr prominenten Bereich bilden hier die Untersuchungen zum Verhältnis zwischen Religionsfreiheit und der Neutralität des säkularen Staates. (Schweizer 2008; Soper/Fetzer 2007; Shadid/Koningsveld 1995; Shadid/van Koningsveld 2002; Cesari/McLoughlin 2005; Fetzer/Soper 2005; Sahlfeld 2006; Delgado 2006; Gartner 2006) Dabei geht es also nicht nur um das Verhältnis zwischen Islam und Christentum, (Casanova 2006; Höhn 2008) sondern vor allem um die Vereinbarkeit des Islam mit demokratischen Grundprinzipien. (Nagel 2001; Cesari 2004; Banchoff 2007; Koenig 2007d) Zwar sind diese Beiträge in ihrer inhaltlichen Ausrichtung sehr unterschiedlich. Eine gemeinsame Tendenz zeichnet sich dennoch deutlich ab. In der überwiegenden Mehrzahl der Publikationen wird der Islam implizit oder explizit als *Herausforderung* (für viele: Klausen 2005; Tibi 2008) für Europa diskutiert. Jüngere Publikationen über den Islam und westliche Demokratien kommen nicht ohne den Verweis auf das mindestens latent vorhandene konflikthafte Verhältnis aus, welches auf die kulturellen Differenzen zwischen Muslimen und Aufnahmegesellschaft zurückgeführt wird. (Halm 2008; Karrer 2002; Zehetmair 2005; Leiken 2006; Wohlrab-Sahr/Teczan 2007; Boro 2008) Die Herausforderungen, die nach Ansicht zahlreicher Autoren die Integration von Muslimen an die Aufnahmegesellschaft stellt, werden anhand

unterschiedlicher Themen expliziert. Dabei werden diese islamischen Themen in der deutschen Öffentlichkeit, aber auch in der Literatur häufig als „Kette von Problemfällen“ (Naumann 2009: 19) wahrgenommen. Diese Behauptung wird auch durch aktuelle repräsentative Umfragen in Deutschland gestützt, die nicht nur große Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber dem Islam belegen. Sie zeigen auch, dass diese Vorbehalte in den letzten Jahren sogar noch zugenommen haben.² (Bielefeldt 2008: 4) Diese in Öffentlichkeit und Medien gepflegten Ressentiments gegenüber dem Islam spiegeln sich auch in der Politik wider. Getrennt von der Frage, ob die vorhandenen Ressentiments von der Politik initiiert oder aus wahlkampfaktischen Gründen ‚bloß‘ aufgegriffen werden – die Thematisierung des Islam als ‚Problem für Deutschland‘ zieht sich durch sämtliche gesellschaftliche Schichten und macht eben auch vor politischen Akteuren nicht halt. Die aktuellen Diskussionen um den Islam als ‚Chance für Deutschland‘, wie sie auch im Zusammenhang mit der DIK geführt werden, stellen dabei lediglich eine Ergänzung, und eben keine Ablösung älterer Debatten dar.

Die in Öffentlichkeit und Politik gepflegte verabsolutierte Gegenüberstellung der Begriffe Politik und Islam ist allerdings selbst ein Problem zahlreicher Debatten. Das als schwierig gekennzeichnete Verhältnis von Politik und Islam suggeriert, man habe es hier mit zwei gegenüberstehenden und mitunter unbeweglichen Blöcken zu tun. Bei näherer Betrachtung stellt sich diese Metapher jedoch als wenig hilfreich heraus. Dies betrifft sowohl die Wahrnehmung der Politik, als auch die des Islam. Auch hier besteht gegenwärtig die Notwendigkeit, sich den jeweiligen Konfliktthemen mit der gebotenen Differenzierung zu nähern.

Zur Pluralität von Politik und Islam

Ebenso wie das Christentum lässt sich auch der Islam nicht als homogene Religion beschreiben. Zwar gibt es seitens der Gläubigen eindeutige Bekenntnisse zu ihren jeweiligen Religionen. Geht eine Stellungnahme zur Religion allerdings über das bloße Bekenntnis hinaus, zeigen sich schnell geografische, kulturelle, ethnische und religiöse Unterschiede hinsichtlich Auslegung und Praxis der Religion. Diese unterschiedlichen Auffassungen und Praktiken können nicht selten sogar zu weitreichenden Widersprüchen führen, die selbst innerhalb einer Religion nicht ohne weiteres aufzulösen sind. Gleichzeitig ist auch der innerreli-

² Die Wahrnehmung des Islam und seiner Integration als „Problem“ ist wiederum selbst Gegenstand der Forschung. So befassen sich einige Publikationen mit der täglich stattfindenden Islamfeindlichkeit sowie mit der schwierigen Balance zwischen Islamkritik und Islamphobie. (Naumann 2009; Schneiders 2009; Seidel 2003)

giöse Umgang mit der reellen Vielfalt höchst unterschiedlich und reicht von einem orthodoxen Fundamentalismus hin zu einer umfassenden Ambiguitätstoleranz. Für einen differenzierten Umgang mit dem Islam bedeutet dies, dass ‚der‘ Islam im Singular nicht existiert. (Vgl. auch Hartmann 2006) Dies gilt auch für den Islam in Deutschland. Zwar wird darauf hingewiesen, dass es aufgrund der großen Anzahl türkischer Migranten vermutlich kein anderes europäisches Land gibt, „in dem die muslimische Gemeinschaft so stark und so homogen ist“. (Caldwell 2009) Getrennt vom Vergleich muss jedoch auch für Deutschland von einer überaus heterogenen muslimischen Gemeinschaft gesprochen werden. Ausdruck dieser Vielfalt sind die zahlreichen unterschiedlichen Netzwerke, Organisationen und Verbände, die teils eigene politische und religiöse Ziele verfolgen. Diese islamischen Interessengruppen eint zwar die Notwendigkeit, dass Einflussstrukturen in der Aufnahmegesellschaft überhaupt erst aufgebaut werden müssen, bevor sie gepflegt und ausgebaut werden können. Die Existenz der zahlreichen muslimischen Verbände und Dachverbände ist daher Resultat einer Anpassungsleistung der Muslime an die Gegebenheiten des politischen Systems der Aufnahmegesellschaft. Aber auch diese Anpassung wird von islamischen Organisationen in einem sehr unterschiedlichen Ausmaß vollzogen. So wie der moderne Islam selbst über sehr unterschiedliche politische Strömungen und religiöse Ausrichtungen verfügt, (Meier 1995) so verfolgen auch die unterschiedlichen islamischen Organisationen in den nicht-islamischen Staaten höchst unterschiedliche religiöse und politische Ziele. Hinzu kommt, dass nicht nur zwischen den islamischen Verbänden eine große Interessenvielfalt herrscht, sondern auch innerhalb der Verbände selbst. Sie entwickeln darüber hinaus sehr unterschiedliche Strategien in Bezug auf die vorgefundenen oder neu formulierten Bedingungen der Aufnahmegesellschaft. (Tezcan 2003: 247-248) Die Problematik der Abbildung ‚innerislamischer Vielfalt‘ lässt sich derzeit insbesondere am Beispiel der Islamischen Studien ablesen. Nach dem Plädoyer des Wissenschaftsrates, theologisch orientierte Islamische Studien an deutschen Hochschulen aufzubauen, ist eine Diskussion darüber entbrannt, wie beispielsweise Universitäten mit dem innerislamischen Pluralismus umgehen können bzw. sollten. Der innovative Vorschlag des Wissenschaftsrates, sog. Beiräte für Islamische Studien einzurichten, wirft allerdings auch bislang unbeantwortete Fragen auf: Welche islamischen Organisationen können mit welchen Kompetenzen in den Beiräten mitarbeiten und wie können etwaige Entscheidungen auch nicht beteiligten islamischen Gruppen vermittelt werden? Wenngleich diese Fragen derzeit noch diskutiert werden – sollten sich diese Beiräte durchsetzen, könnte in der Tat von einer materiellen Neuerung gesprochen werden, die weit über eine symbolische Einbeziehung islamischer Organisationen hinaus ginge.

Das Beispiel der Einrichtung von Beiräten zeigt aber auch, dass es nicht allein von der Verständigung der islamischen Interessen untereinander abhängt, ob es zu solch einer materiellen Neuerung kommt. Auch die unterschiedlichen Interessen der Funktions- und Entscheidungsträger in der Politik müssen berücksichtigt werden. Denn ebenso wenig, wie die Darstellung des Islam als homogene Religion unzutreffend ist, erscheint ein undifferenzierter Umgang mit dem Begriff Politik hilfreich. Denn was konkret unter ‚der‘ Politik verstanden werden kann, bleibt häufig offen bzw. strittig. Denn wenn Politik beispielsweise als die Durchsetzung des öffentlichen Interesses bezeichnet wird, bleibt immer noch die Frage, worin dieses Interesse besteht und was allgemeinverbindlich von wem und wie zu entscheiden ist. Hier zeigt sich, dass die Gegenstandsbereiche und die Reichweite des Politischen in besonderem Maße von Raum, Zeit und Kultur abhängig sind. Zusätzlich variieren Form (polity), Prozess (politics) und Inhalt (policy) der Politik. Daraus resultieren eine Vielzahl alltäglicher und wissenschaftlicher Politikbegriffe sowie verschiedenartigste wissenschaftliche Klassifikationsmöglichkeiten. (Schultze 2005) Vor dem Hintergrund der Pluralität von Wert- und Ordnungsvorstellungen wurde Politik auch als „Möglichkeit kollektiven Handelns bei nicht voraussetzendem Konsens“ (Scharpf 1973: 33) bezeichnet. Diese Feststellung hinsichtlich der Pluralität von Politik ist daher auch für die Beschreibung und Untersuchung des Verhältnisses von Politik und Islam grundlegend. Denn erstens divergiert die (Wert-)Vorstellung der politischen Akteure bezüglich des Umgangs mit dem Islam deutlich. „Moderne, komplexe Gesellschaften sind durch die Erkenntnisfortschritte der Wissenschaften, die Expansion eines globalen Marktkapitalismus und die mobilitätsbedingt beschleunigte Pluralisierung der Glaubenswelten, Wertvorstellungen und Lebensweisen der Bürger in den letzten Jahren verstärkt mit harten ethischen Grundlagenkonflikten konfrontiert.“ (Graf 2006: 66). Auf diese Konflikte, die sich derzeit insbesondere auf den Islam in Deutschland beziehen, reagiert die Politik höchst unterschiedlich. Und zweitens findet der Dialog zwischen Politik und Islam auf sehr unterschiedlichen kommunalen, Länder- und Bundesebenen statt, was eine Spezifizierung der Begriffe Politik und Islam notwendig macht.

4 Zum Aufbau des Buches

Insgesamt zeigt sich also, dass in das Verhältnis von Politik und Islam deutlich Bewegung gekommen ist. Bevor es allerdings zu einer Bewertung der Neuerungen kommen kann, ist eine wissenschaftliche Beschreibung des Verhältnisses von Politik und Islam in Deutschland unerlässlich. Wenngleich der Idee für dieses Buch ein politikwissenschaftliches Interesse an diesem Gegenstand voraus-

gegangen ist, bietet sich hinsichtlich der Komplexität und Vielschichtigkeit des Verhältnisses zwischen Politik und Islam eine interdisziplinäre Herangehensweise an. Zwar interessiert aus politikwissenschaftlicher Sicht unter anderem der Aspekt der politischen Steuerung mit dem Ziel der Integration des muslimischen Teils der Bevölkerung. Aber auch andere Disziplinen können zur Beantwortung der oben aufgeführten Fragen einen sinnvollen Beitrag leisten. Darüber hinaus erschien es geboten, integrationspolitische „Praktiker“ zu Wort kommen zu lassen, die zwar auf der Grundlage, aber eben auch jenseits akademischer Debatten das Politikfeld beobachten und gestalten.

Vor dem Hintergrund der Befunde der Literaturstudie sowie den Resultaten der eingangs erwähnten Fachtagung wurde eine dreiteilige Gliederung des Buches vorgenommen. Der erste Teil des Buches beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den maßgeblichen Akteuren, die in diesem Politikfeld agieren. *Reinhard Busch* und *Gabriel Goltz* befassen sich daher zunächst mit der politischen Dimension des Islamdialogs und damit mit den politischen Akteuren auf der Bundesebene. Am Beispiel der Deutschen Islam Konferenz, die maßgebliche Impulse für die gegenwärtige Debatte setzte, beschreiben sie die Bedeutung dieses ‚Übergangsformates‘ für die Kommunikation zwischen Staat und Muslimen in Deutschland. Darauf aufbauend widmet sich der Beitrag von *Kerstin Rosenow* und *Matthias Kortmann* den muslimischen Dachverbänden. Ihnen kommt insbesondere vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Veränderungen eine immer bedeutendere Rolle zu. Daher sollen hier die Reaktionen der muslimischen Verbände auf den Wandel des politischen Islamdiskurses nachvollzogen werden. Da bei dem Aufeinandertreffen der Akteure aus Politik und Islam immer wieder und offenbar notwendig die Frage nach einem einheitlichen islamischen Ansprechpartner aufkommt, geht es im Artikel von *Raida Chbib* und auf der Grundlage quantitativer Erhebungen um die Repräsentationsfrage sowie die damit zusammenhängende muslimische Binnenvielfalt. *Levent Tezcan* greift als ehemaliger Teilnehmer der DIK schließlich die bedeutende Frage der Repräsentation des Islam auf und zeigt, wie dieses Problem am Beispiel der ersten Phase der DIK und im Kontext unterstellter bzw. tatsächlicher Loyalitätskonflikte operationalisiert wurde.

Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich in erster Linie mit den Inhalten, d.h. den relevanten Themen, die im Verhältnis von Politik und Islam gegenwärtig diskutiert werden. Die hier behandelten Bereiche erheben zwar einerseits nicht den Anspruch, sämtliche gesellschaftspolitisch relevanten Probleme anzusprechen. Gleichwohl wird behauptet, dass es sich hierbei um zentrale Konfliktfelder in der Bundesrepublik Deutschland handelt. Daher geht es in dem Beitrag von *Heiner Bielefeldt* auch zunächst um eine ‚entgleisende Islamkritik‘, die sich anhand zahlreicher Inhalte feststellen lässt. Bielefeldt wirft dabei die Fragen auf, wo eigentlich die Grenze zwischen religionskritischer Aufklärung und kultur-

kämpferischer Spaltung der Gesellschaft verläuft und wann eine Islamkritik im Namen der Integration ihrerseits zum Integrationshindernis wird. *Haci-Halil Uslucan* geht es im Hinblick auf muslimische Migranten in Deutschland um die Frage, ob und inwieweit Religionen sozialintegrative Funktionen haben. Vor dem Hintergrund pädagogisch-psychologischer sowie integrationspolitischer Ansätze diskutiert er einen in Niedersachsen gestarteten Schulversuch zum Islamischen Religionsunterricht und stellt dazu längsschnittliche Daten von Schüler- und Elternbefragungen vor. Neben dem Religionsunterricht hat auch die Diskussion um Parallelgesellschaften und Ghettoisierung das Verhältnis von Politik und Islam wesentlich geprägt. Daher diskutiert *Norbert Gestring* den Zusammenhang zwischen der residentiellen Segregation von muslimischen Migranten in deutschen Städten und der Entstehung von Parallelgesellschaften. Einem gleichermaßen bedeutenden, jedoch sozialwissenschaftlich häufig vernachlässigten Thema widmen sich *Claudia Diehl* und *Matthias Koenig*. Auf der Basis aktueller Daten wird hier der Zusammenhang von islamischer Religiosität und Geschlechtergleichheit explizit.

Die Beiträge des dritten Teils dieses Buches fungieren auf Basis der bis dahin erzielten Ergebnisse als Reflexionen. Diese Reflexionen sollen – der bereits erwähnten Vielschichtigkeit des Themas Rechnung tragend – auf sehr unterschiedlichen Ebenen stattfinden. *Andreas Blätte* befasst sich zunächst aus einer theoretischen Perspektive mit der aus politikwissenschaftlicher Sicht überaus relevanten Frage, inwieweit staatliche Maßnahmen die Strukturierung des Feldes der islamischen Verbände beeinflussen. Im Unterschied zu der Beschreibung der Gestaltungsmöglichkeiten einer staatlichen Islampolitik fragt *Mounir Azzaoui* nach den Perspektiven islamischer Verbände und Organisationen. Dabei beschreibt er die Hindernisse auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Religionsgemeinschaften vor dem Hintergrund seiner eigenen Verbands- und Beratungstätigkeit. *Dirk Halm* und *Hendrik Meyer* fassen in ihrem Beitrag zur Inklusion des Islam in die deutsche Gesellschaft nicht nur die wichtigsten Ergebnisse der übrigen Beiträge zusammen. Vielmehr werden die einzelnen Befunde herangezogen, um erstens nach den strukturellen politischen Bedingungen zu fragen, um die Inklusionsvoraussetzungen für den Islam zu verbessern. Zweitens werden die sich für die Politik- und Sozialwissenschaft ergebenden zukünftigen Aufgaben unter Rückgriff auf die Beiträge nochmal pointiert herausgestellt. Der letzte Beitrag von *Hendrik Meyer* und *Klaus Schubert* nimmt die Befunde des Buches schließlich zum Anlass, die beschriebene Vielfalt weniger als Problem, sondern als Potential für eine Integrationspolitik zu beschreiben. Das Verhältnis von Politik und Islam wird als Anwendungsbeispiel diskutiert, aus dem auch Rückschlüsse für andere Politik- und Gesellschaftsbereiche gezogen werden können. Angesichts der in Teilen von Politik und Öffentlichkeit heftig umstrittenen Kon-

fliktthemen in Bezug auf den Islam in Deutschland steht dieser Beitrag – aber auch das Buch insgesamt – zusätzlich für den Versuch, weiter zu einer Versachlichung der Debatten beizutragen.

Literatur

- Altermatt, Urs/Delgado, Mariano/Vergauwen, Guido* (Hrsg.), 2006: Der Islam in Europa, Zwischen Weltpolitik und Alltag, Stuttgart.
- Angenendt, Steffen/Cooper, Belinda*, 2006: Zuwanderung in Zeiten des Terrors, Hilft erfolgreiche Integration gegen die islamistische Bedrohung?, in: Internationale Politik 61, 6-14.
- Ateş, Şeref*, 2006: Das Islambild in den Medien nach dem 11. September 2001, in: *Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun* (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration, Wiesbaden, 153-172.
- Banchoff, Thomas* (Hrsg.), 2007: Democracy and the New Religious Pluralism, New York.
- Baringhorst, Sigrid/Hunger, Uwe/Schönwälder, Karen* (Hrsg.), 2006: Politische Steuerung von Integrationsprozessen, Intentionen und Wirkung, Wiesbaden.
- Bielefeldt, Heiner*, 2008: Das Islambild in Deutschland, Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam, Berlin.
- Boro, Ismail*, 2008: Die getürkte Republik, Woran die Integration in Deutschland scheitert, München.
- Caldwell, Christopher*, 2009: Der Islam ist in Deutschland wichtiger als das Christentum, Interview mit Spiegel Online, 08.12.2009: [URL <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,665841-2,00.html>] (14.08.2010).
- Casanova, José*, 2006: Aggiornamenti? Katholische und muslimische Politik im Vergleich, Leviathan 34, 305-320.
- Cesari, Jocelyne*, 2007: Islam in Europe, in: *Wuthnow, Robert* (Hrsg.): Encyclopedia of Politics and Religion, Washington, D.C., 452-456.
- Cesari, Jocelyne*, 2004: When Islam and Democracy Meet, Muslims in Europe and the United States, New York.
- Cesari, Jocelyne/McLoughlin, Seán* (Hrsg.), 2005: European Muslims and the Secular State, Aldershot.
- Delgado, Mariano*, 2006: Toleranz und Religionsfreiheit – Konvergenz und Divergenz zwischen Europa und der islamischen Welt, in: *Altermatt, Urs/Delgado, Mariano/Vergauwen, Guido* (Hrsg.): Der Islam in Europa, Zwischen Weltpolitik und Alltag, Stuttgart, 325-347.
- Döring, Diether/Kroker, Eduard J. M.* (Hrsg.), 2006: Europa und der Islam, Frankfurt a.M.
- Fetzer, Joel S./Soper, Christopher J.*, 2005: Muslims and the State in Britain, France, and Germany, New York.
- Friedrich-Ebert-Stiftung* (Hrsg.), 2007: Islamismus in Deutschland, Eine Herausforderung für die Demokratie, Berlin.

- Gabriel, Karl/Höhn, Hans-Joachim* (Hrsg.), 2008: Religion heute – öffentlich und politisch, Provokationen, Kontroversen, Perspektiven, Paderborn.
- Gartner, Barbara*, 2006: Der Islam im religionsneutralen Staat, Die Problematik des muslimischen Kopftuchs in der Schule, des koedukativen Sport- und Schwimmunterrichts, des Gebetsrufs des Muezzins, des Schächstens nach islamischem Ritus, des islamischen Religionsunterrichts und des muslimischen Bestattungswesens in Österreich und Deutschland, Frankfurt a.M.
- Geaves, Ron et al.* (Hrsg.), 2004: Islam and the West, A post September 11th perspective, London.
- Graf, Friedrich Wilhelm*, 2006: Moses Vermächtnis, Über göttliche und menschliche Gesetze, München.
- Halm, Dirk*, 2008: Der Islam als Diskursfeld, Bilder des Islam in Deutschland, Wiesbaden.
- Hartmann, Angelika*, 2006: Pluralismus und Toleranz aus der Sicht des Islam, in: *Augustin, Christian/Wienand, Johannes/Winkler, Christiane* (Hrsg.): Religiöser Pluralismus und Toleranz in Europa, Wiesbaden, 123-186.
- Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim/Schröder, Helmut*, 1997: Verlockender Fundamentalismus, Frankfurt a.M.
- Hempelmann, Reinhard/Kandel, Johannes* (Hrsg.), 2006: Religionen und Gewalt, Konflikt- und Friedenspotentiale in den Weltreligionen, Göttingen.
- Höhn, Hans-Joachim*, 2008: Kampf um Anerkennung, Muslime, Christen und der säkulare Rechtsstaat, in: *Gabriel, Karl/Höhn, Hans-Joachim* (Hrsg.): Religion heute – öffentlich und politisch, Provokationen, Kontroversen, Perspektiven, Paderborn, 141-148.
- Jonker, Gerdien*, 2005: From 'Foreign Workers' to 'Sleepers': The Churches, the State and Germany's 'Discovery' of its Muslim Population, in: *Cesari, Jocelyne/McLoughlin, Seán* (Hrsg.): European Muslims and the Secular State, Aldershot, 113-126.
- Kandel, Johannes*, 2006: Muslime in Deutschland zwischen Islamismus und Integration, in: *Döring, Diether/Kroker, Eduard J. M.* (Hrsg.): Europa und der Islam, Frankfurt a.M., 59-98.
- Karrer, Dieter*, 2002: Der Kampf um Integration, Zur Logik ethnischer Beziehungen in einem sozial benachteiligten Stadtteil, Wiesbaden.
- Klausen, Jytte*, 2005: The Islamic Challenge, Politics and Religion in Western Europe, Oxford.
- Koenig, Matthias*, 2007a: Europäisierung von Religionspolitik, Zur institutionellen Umwelt der Anerkennungskämpfe muslimischer Migranten, in: *Wohlrab-Sahr, Monika/Tezcan, Levent* (Hrsg.): Konfliktfeld Islam in Europa, Baden-Baden, 347-368.
- Koenig, Matthias*, 2007b: Europeanising the Governance of Religious Diversity: An Institutional Account of Muslim Struggles for Public Recognition, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 33, 911-932.
- Koenig, Matthias*, 2007c: Pfadabhängigkeit und institutioneller Wandel im deutschen Religionsrecht, in: *Heinig, Hans Michael/Walter, Christian* (Hrsg.): Staatskirchenrecht oder Religionsverfassungsrecht? Ein begriffspolitischer Grundsatzstreit, Tübingen, 91-103.

- Koenig, Matthias*, 2007d: Religiöse Pluralität und Demokratie in Europa, in: *Meyer, Lidwina* (Hrsg.): Recht, Religion, Politik, Auf dem Weg zu einer Anerkennung des Islam in Deutschland, Rehburg-Loccum, 167-180.
- Koenig, Matthias*, 2005: Incorporating Muslim Migrants in Western Nation States – A Comparison of the United Kingdom, France, and Germany, in: *Journal of International Migration and Integration* 6 (2), 219-234.
- Koenig, Matthias*, 2004: Öffentliche Konflikte um die Inkorporation muslimischer Minderheiten in Westeuropa – analytische und komparative Perspektiven, in: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 6, 85-100.
- Leiken, Robert S.*, 2006: Mythos Integration, Über "negative Anpassung", Islam, Terror und Vorstadtkrawalle, in: *Internationale Politik* 61, 22-27.
- Maussen, Marcel*, 2006: The Governance of Islam in Western Europe, A State of the Art Report, IMISCOE Working Paper No. 16, Amsterdam.
- Meier, Andreas*, 1995: Politische Strömungen im modernen Islam, Quellen und Kommentare, Wuppertal.
- Meyer, Hendrik*, 2006: Terror und Innere Sicherheit, Wandel und Kontinuität staatlicher Terrorismusbekämpfung, Münster.
- Minkenbergh, Michael/Willems, Ulrich* (Hrsg.), 2002: Politik und Religion, Wiesbaden.
- Nagel, Tilman*, 2001: Kann es einen säkularisierten Islam geben?, in: *Meier-Walser, Reinhard C./Glagow, Rainer* (Hrsg.): Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme, München.
- Naumann, Thomas*, 2009: Feindbild Islam – Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst, in: *Schneiders, Thorsten Gerald* (Hrsg.): Islamfeindlichkeit, Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden, 19-36.
- Nirumand, Bahman* (Hrsg.), 1990: Im Namen Allahs, Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln.
- Pauly, Robert J.*, 2004: Islam in Europe: integration or marginalization?, Aldershot.
- Pollack, Detlef*, 2009: Rückkehr des Religiösen?, Tübingen.
- Sahlfeld, Konrad*, 2006: Religionsfreiheit und Islam in Europa, in: *Altermatt, Urs/Delgado, Mariano/Vergauwen, Guido* (Hrsg.): Der Islam in Europa, Zwischen Weltpolitik und Alltag, Stuttgart, 223-248.
- Scharpf, Fritz W.*, 1973: Planung als politischer Prozess, Frankfurt a.M.
- Schiffauer, Werner*, 1998: Ausbau von Partizipationschancen islamischer Minderheiten als Weg zur Überwindung des islamischen Fundamentalismus?, in: *Bielefeldt, Heiner/Heitmeyer, Wilhelm* (Hrsg.): Politisierte Religion, Frankfurt a.M., 418-437.
- Schiffauer, Werner/Bojadzjiev, Manuela*, 2009: Es geht nicht um einen Dialog, Integrationsgipfel, Islamkonferenz und Anti-Islamismus, in: *Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes* (Hrsg.): No integration? Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa, Bielefeld, 171-185.
- Schneiders, Thorsten Gerald* (Hrsg.), 2009: Islamfeindlichkeit, Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden.
- Schultze, Rainer-Olaf*, 2005: Politik/Politikbegriffe, in: *Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf* (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Theorien, Methoden, Begriffe, München, 697-698.

- Schweitzer*, Friedrich (Hrsg.), 2006: Religion, Politik und Gewalt, Kongressband des XII. Europäischen Kongresses für Theologie, 18.-22. September in Berlin, Gütersloh.
- Schweizer*, Ursi, 2008: Muslime in Europa, Staatsbürgerschaft und Islam in einer liberalen und säkularen Demokratie, Berlin.
- Seidel*, Eberhard, 2003: Die schwierige Balance zwischen Islamkritik und Islamphobie, in: *Heitmeyer*, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt a.M., 261-279.
- Shadid*, Wasef A./van *Koningsveld*, Pieter S., 1995: Religious Freedom and the Position of Islam in Western Europe, Opportunities and Obstacles in the acquisition of equal rights (with extensive bibliography), Kampen.
- Shadid*, Wasef A./van *Koningsveld*, Pieter S. (Hrsg.), 2002: Religious Freedom and Neutrality of the State: the Position of Islam in the European Union, Leuven.
- Soper*, Christopher J./*Fetzer*, Joel S., 2007: Religious Institutions, Church-State History and Muslim Mobilisation in Britain, France and Germany, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 33, 933-944.
- Tezcan*, Levent, 2003: Das Islamische in den Studien zu Muslimen in Deutschland, in: *Zeitschrift für Soziologie* 32, 237-261.
- Thomä-Venske*, Hanns, 1981: Islam und Integration, Hamburg.
- Tibi*, Bassam, 2008: Die islamische Herausforderung, Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts, Darmstadt.
- Tiesler*, Nina Clara, 2006: Muslime in Europa, Religion und Identitätspolitik unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, Münster.
- Walther*, Manfred (Hrsg.), 2004: Religion und Politik, Zu Theorie und Praxis des theologisch-politischen Komplexes, Baden-Baden.
- Warner*, Carolyn M./*Wenner*, Manfred W., 2006: Religion and the Political Organization of Muslims in Europe, in: *Perspectives on Politics* 4, 457-479.
- Westermann*, Sophie, 2009: Irreguläre Migration – ist der Nationalstaat überfordert? Staatliches Regieren auf dem Prüfstand, Marburg.
- Wohlrab-Sahr*, Monika/*Tezcan*, Levent (Hrsg.), 2007: Konfliktfeld Islam in Europa, Soziale Welt Sonderband 17, Baden-Baden.
- Zehetmair*, Hans (Hrsg.), 2005: Der Islam, Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, Wiesbaden.

I. Akteure

Die Deutsche Islam Konferenz – Ein Übergangsformat für die Kommunikation zwischen Staat und Muslimen in Deutschland

Reinhard Busch/Gabriel Goltz¹

Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten vor allem durch Zuwanderer aus muslimisch geprägten Herkunftstaaten religiös und kulturell vielfältiger geworden. Mittlerweile leben in Deutschland ca. vier Millionen Muslime, das sind ungefähr fünf Prozent der Bevölkerung. Knapp die Hälfte von ihnen hat bereits die deutsche Staatsangehörigkeit. (Vgl. Haug/Müssig/Stichs 2009: 11)

Vor diesem Hintergrund berief der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble am 27. September 2006 die Deutsche Islam Konferenz ein. Zuvor hatte am 14. Juni 2006 auf Einladung der Bundeskanzlerin der Nationale Integrationsgipfel stattgefunden. Während letzterer sich mit den alle Zuwanderer betreffenden Fragen der Integration beschäftigt, bietet die Islamkonferenz ein besonderes Forum für die Erörterung der sich spezifisch im Zusammenhang mit in Deutschland lebenden Muslimen stellenden Fragen. Sie ist ein langfristig angelegter, institutionalisierter und strukturierter Kommunikationsprozess, an dem Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen sowie Muslime in der Vielfalt muslimisch geprägten Lebens in Deutschland teilnehmen. Die Konferenz ist keine Vertretung der Muslime in einem „religionsgemeinschaftlichen“ Sinne.

Die Islamkonferenz, deren Leitmotiv „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ lautet, verfolgt dabei die Ziele, sowohl die religionsrechtliche als auch die gesellschaftliche Integration der Muslime in Deutschland zu verbessern. Der Begriff der religionsrechtlichen Integration umfasst dabei die Teilhabe der Muslime und ihrer Organisationen an Formen der Kooperation, die sich aus dem deutschen Religionsverfassungsrecht ergeben. Gesellschaftliche Integration meint hingegen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage des Grundgesetzes und seiner Werteordnung. Förderung gesellschaftlicher Integration heißt daher auch, gesellschaftlicher Polarisierung entgegenzuwirken und letztlich auch Extremismus zu verhindern, bevor er entsteht. Dabei wird die eine Form der Integration nicht als Voraussetzung der anderen aufgefasst. Die Islamkonferenz hat

¹ Der vorliegende Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Verfasser wieder.

das Ziel, die Prozesse der religionsrechtlichen und der gesellschaftlichen Integration gleichzeitig zu fördern, da sie sich gegenseitig bedingen und unterstützen.

Am 25. Juni 2009 fand das vierte und letzte Plenum der Islamkonferenz in der 16. Legislaturperiode statt. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP für die aktuelle Legislaturperiode wurde die Fortsetzung der Islamkonferenz beschlossen:

„Die Deutsche Islam Konferenz (DIK) hat dazu geführt, dass neben einem den religiösen Gemeinschaften vorbehaltenen interreligiösen Dialog ein Prozess der Annäherung muslimischer Bevölkerungsteile Deutschlands an das deutsche Religionsverfassungsrecht begonnen hat. Diesen Prozess gilt es zu befördern und daher wollen wir die DIK als wichtigstes Forum zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen fortsetzen.“ (CDU/CSU/FDP 2009: 94)

Die Islamkonferenz ist in ihrer zweiten Phase stärker praktisch ausgerichtet. Daher hat es Modifikationen in ihrer Zusammensetzung und Struktur gegeben. In umfangreichen Vorgesprächen mit den bisherigen sowie den neu zu beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren wurde von Januar bis Mai 2010 ein Arbeitsprogramm erarbeitet. Am 17. Mai 2010 berief Bundesinnenminister Thomas de Maizière schließlich das erste Plenum der Islamkonferenz in der aktuellen Legislaturperiode ein, auf welchem das Arbeitsprogramm verabschiedet wurde. Es bildet nun die Grundlage der Islamkonferenz in ihrer aktuellen Phase. (Vgl. DIK 2010)

1 Struktur und Zusammensetzung der Deutschen Islam Konferenz

Die Islamkonferenz wird federführend vom Bundesministerium des Innern (BMI) betreut, das für die Beziehungen zu den religiösen Gemeinschaften in Deutschland auf der Ebene des Bundes verantwortlich ist.

a) Phase I: Ein breit angelegtes Kommunikationsformat wird geschaffen

In der 16. Legislaturperiode tagte die Konferenz auf zwei Ebenen, dem Plenum sowie drei darunter angesiedelten Arbeitsgruppen und einem Gesprächskreis. Während das Plenum ca. einmal pro Jahr zusammentrat, tagten die Arbeitsgruppen und der Gesprächskreis alle zwei Monate. Das Plenum war dabei das politische Steuerungsinstrument. Es beauftragte die Arbeitsgremien, sich bestimmten Themen zu widmen, und beschloss die zu den jeweiligen Themen erarbeiteten Schlussfolgerungen, Empfehlungen oder Handreichungen. Um den nicht ab-

schließenden Charakter der Gespräche zu verdeutlichen, hießen die durch das Plenum verabschiedeten Ergebnisse „Zwischenresümee“.

Das Plenum, dessen Vorsitz der Bundesminister des Innern führte, setzte sich aus 30 Mitgliedern, 15 staatlichen und 15 muslimischen Mitgliedern zusammen. Auf staatlicher Seite waren fachlich zuständige Bundesministerien, auf Länderebene die zuständigen Länderfachministerkonferenzen – Kultusministerkonferenz und Innenministerkonferenz – sowie auf kommunaler Ebene die drei kommunalen Spitzenverbände vertreten.

Schwieriger gestaltete sich die Zusammensetzung des Plenums auf muslimischer Seite, da eine etablierte Repräsentanz von Muslimen in Deutschland bisher nicht existiert. Ausgangslage war, dass ca. 20 Prozent der Muslime in Deutschland in religiösen Vereinen organisiert sind und etwas weniger als 25 Prozent der Muslime Deutschlands sich von den islamischen Dach- und Bundesverbänden, die letztlich in die Islamkonferenz berufen wurden, vollständig vertreten fühlen. (Vgl. DIK 2010: 167ff.; Stichs/Haug/Müssig 2010) Es bestand also – und besteht weiterhin – eine „Lücke“ zwischen der Vertretungsleistung bestehender Organisationen und dem hohen Anteil von Muslimen in Deutschland, die religionspolitische Forderungen gegenüber dem Staat erheben, die zugleich eine selbstorganisierte Repräsentanz notwendig machen. So fordern z.B. ca. 75 Prozent der befragten Muslime die Einführung islamischen Religionsunterrichts. (Vgl. Stichs/Haug/Müssig 2009: 187) Zugleich beeinflusst eine Vielzahl von muslimischen Akteuren des Wissenschafts- und Bildungsbereichs sowie der Zivilgesellschaft und der Medien, die nicht in den bestehenden islamischen Dach- und Spitzenverbänden organisiert sind, muslimisches Leben in Deutschland. Es war also ein breit angelegtes, über die bestehenden Organisationen hinausgehendes Format erforderlich, um dem aktuellen Prozess muslimischer Selbstorganisation und Selbstartikulation gerecht zu werden. Eine Struktur war zu schaffen, die den *Übergangscharakter* verdeutlicht und so wenig wie möglich in den Prozess der Selbstorganisation der Muslime, der noch nicht „abgeschlossen“ ist, eingreift.

Angesichts des Ziels der Islamkonferenz, ein möglichst breites Spektrum muslimischen Lebens in Deutschland einzubeziehen und zu erreichen, wurden daher nicht nur Vertreter bestehender islamischer Dach- und Spitzenorganisationen, sondern auch muslimische „Einzelpersönlichkeiten“ beziehungsweise Einzelpersonen – also Vertreter einer muslimisch geprägten Zivilgesellschaft, muslimische Publizisten, Multiplikatoren – in das Plenum der Islamkonferenz berufen. Insgesamt wurden schließlich zehn muslimische Einzelpersonen, vormals z.T. unscharf als „Nicht-Organisierte“ bezeichnet, zur Teilnahme an der Konferenz geladen sowie Vertreter folgender fünf Organisationen: „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“ (DITIB), „Islamrat für die Bundes-

republik Deutschland e.V.“ (IRD), „Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.“ (VIKZ), „Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.“ (ZMD) sowie die „Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.“ (AABF).² 2007 haben DITIB, IRD, VIKZ und ZMD auf der Grundlage einer Geschäftsordnung ihre Zusammenarbeit unter dem Namen „Koordinationsrat der Muslime“ (KRM) institutionalisiert, an der Islamkonferenz nahmen sie jedoch weiterhin als eigenständige Organisationen teil.

An den drei Arbeitsgruppen und dem Gesprächskreis waren neben den zehn muslimischen Einzelpersonen die Arbeitsebene der im Plenum vertretenen Institutionen und Organisationen sowie zahlreiche weitere Fachleute u.a. aus der Wissenschaft beteiligt. Inhaltlich wirkten insgesamt über 100 Personen am Prozess der Islamkonferenz in der 16. Legislaturperiode unmittelbar mit.

b) Phase II: Mehr Effizienz und Flexibilität durch Veränderungen in der Struktur sowie Anpassung der Zusammensetzung an veränderte Rahmenbedingungen

Im Zuge der internen Evaluierung der Islamkonferenz im BMI im Herbst 2009 wurde insbesondere die in vier Gremien aufgeteilte Arbeitsebene unterhalb des Plenums als veränderungsbedürftig angesehen. Zum einen wurde der fehlende Austausch zwischen den Arbeitsgruppen bemängelt, was nicht selten zu Doppelungen in der Bearbeitung von Themen geführt hatte. Zum anderen beeinträchtigte die feste Mitgliederstruktur zuweilen die thematische Flexibilität der Arbeitsgruppen und die hohe Anzahl an Mitgliedern gelegentlich ihre Effizienz.

In der Konzeption der zweiten Phase der Islamkonferenz wurde das Plenum als höchstes Organ und politisches Steuerungsinstrument beibehalten, das ca. einmal pro Jahr zusammenkommt. Anstelle der vier parallel tagenden Arbeitsgremien wurde hingegen ein einheitlicher Vorbereitungsausschuss geschaffen, der das Plenum auf Arbeitsebene widerspiegelt und alle zwei bis drei Monate zusammentritt. Der Vorbereitungsausschuss richtet zudem personell und thematisch flexible Projekt- und Arbeitsgruppen mit konkreten Aufträgen ein und löst diese nach deren Erledigung wieder auf. Die Einbindung externer Fachleute

² Die Islamkonferenz verfolgt einen inklusiven Ansatz. Das heißt, IRD und ZMD wurden an der Islamkonferenz beteiligt, obgleich Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder Unterorganisationen dieser Verbände erwähnen. Davon unbeschadet werden, solange Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen bestehen, diese auch weiterhin von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder beobachtet. Grundsätzlich gilt der inklusive Ansatz auch für die zweite Phase der Islamkonferenz. Dem IRD wurde nicht aufgrund extremistischer Bestrebungen, sondern aufgrund laufender Ermittlungsverfahren gegen seine größte Mitgliedsorganisation IGMG eine ruhende Mitgliedschaft angeboten. Der ZMD hingegen war weiterhin eingeladen, an der Islamkonferenz teilzunehmen, hat jedoch selbst darauf verzichtet (s.u.).